

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



Inhalt

Elfriede Hoffmann, ASF-Bundvorsitzende, unterstreicht das Recht auf Arbeit und Ausbildung für Frauen.

Seite 1/2

Rudolf Schöffberger MdB: Strauß vernebelt, um besser Politik für die Millionäre machen zu können.

Seite 3

Jan Oostergetelo MdB: Mit dem Haushalt 1978 lassen sich solide Projekte in der Dritten Welt finanzieren.

Seite 4

Dr. Klaus Klingner, MdL aus Schleswig-Holstein, deckt die Widersprüchlichkeit der CDU in Fragen der Arbeitsweise von Untersuchungsausschüssen auf.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 238

13. Dezember 1977

Recht auf Arbeit und Ausbildung für Frauen

Abschied von überholten Rollenvorstellungen

Von Elfriede Hoffmann

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und SPD-Vorstandsmitglied

In der Erklärung der Vereinten Nationen über die Menschenrechte ist das Recht auf Arbeit als ein Grundrecht genannt, das gleichbedeutend ist mit dem Recht der Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit und dem allgemeinen Gleichberechtigungsgrundsatz. Um diesen Grundsatz für die Frauen zu verwirklichen, bedarf es der Beseitigung aller Diskriminierungen und des Abbaues gesellschaftlicher Vorurteile, die gegenüber der Berufstätigkeit von Frauen, insbesondere verheirateter Frauen, vielfach bestehen.

In einer Zeit, in der das Angebot an Arbeitsplätzen knapp ist, hört man immer wieder das Gerede von den "Doppelverdienern", die lieber zu Hause bleiben sollten und nicht Familienvätern die Arbeit wegnehmen. Verheiratete Frauen sind keine "Doppelverdiener". Sie sind Arbeitnehmerinnen, die an der Erarbeitung des Familieneinkommens beteiligt sind. Diskriminierend ist es auch, Frauen ständig danach zu fragen, warum sie arbeiten, solange nicht Männern die gleiche Frage gestellt wird.

In vielen Betrieben, Verwaltungen, Schulen und Krankenhäusern kann man auf die Arbeit der Frauen, auch der verheirateten Frauen, nicht verzichten, ohne das Funktionieren dieser Einrichtungen und die Versorgung der Bevölkerung zu gefährden. Von allen Arbeitnehmerinnen sind 57 Prozent verheiratet; das sind 4,5 Millionen Frauen. Sie sind eine Macht, ohne sich dessen bewusst zu sein. Der Anteil verheirateter Frauen im Erwerbsleben wird in den nächsten Jahren steigen.

Je nach Lebensalter und familiärer Situation ist die Lage der Arbeitnehmerinnen unterschiedlich und damit das Recht

auf Arbeit für die verschiedenen Gruppen der Frauen anders zu betrachten. Zur Entfaltung der Persönlichkeit gehört für das junge Mädchen das Recht auf eine umfassende Bildung und Berufsausbildung, wovon seine Chancen im Leben erheblich beeinflusst werden. Selbständig und unabhängig zu sein, ist für eine Frau mit Kindern ebenso notwendig wie für die alleinstehende Frau. Dafür ist es notwendig, Einrichtungen und Arbeitszeiten zu schaffen, die es ihr - aber auch den Vätern - ermöglicht, Verpflichtungen in der Arbeitswelt und in der Familie miteinander zu verbinden.

Das Recht auf Arbeit heißt für uns aber nicht "Pflicht zur Arbeit". Frauen sollten frei entscheiden können, ob sie berufstätig sein wollen oder nicht. Sie sind keine industrielle Reservearmee, die man je nach Bedarf in die Betriebe lockt oder nach Hause schickt.

Mit zunehmender besserer Bildung verlangen die Frauen entsprechende Arbeitschancen. Sie lassen sich nicht mehr in die traditionelle Hausfrauenrolle drängen. Daher müssen Frauen und Männer sich von überholten Rollenvorstellungen trennen, daß die Frau ins Haus gehört und der Mann das Familieneinkommen verdient; eine Vorstellung, die für viele Arbeiterfamilien noch nie gestimmt hat.

Wer das Recht auf Arbeit bejaht und Vollbeschäftigung als ein wirtschaftspolitisches Ziel erklärt, muß auch damit einverstanden sein, daß sich Frauen nicht mehr als Arbeitnehmer minderen Rechts behandeln lassen. Die Frauen fordern bessere Ausbildungsmöglichkeiten, mehr Aufstiegschancen, angemessene Arbeitsbedingungen und eine gerechte soziale Sicherung; denn die berufliche Tätigkeit der Frauen ist für die Frauen selbst von wesentlicher Bedeutung, für die Volkswirtschaft unentbehrlich und für die Gesellschaft notwendig. (-/13.12.1977/ks/ja)

+ + +

Hechte im eigenen Karpfenteich

Die Straußschen Krokodilstränen für kleine Unternehmer

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Besorgt zeigte sich der CSU-Vorsitzende F.J. Strauß kürzlich über die zunehmende Zahl kleiner Unternehmer, die ihren Betrieb in irgendeiner Form schlossen. Damit verringere sich, so erklärte er auf einer Veranstaltung des Bayerischen Werbe-Fachverbandes in München, die freie Arbeitsplatzwahl. Dies wiederum sei, so Strauß, "ein erster Schritt zur sozialistischen Gesellschaftsordnung".

Die Taktik ist klar: Strauß - selbst Aufsichtsratsvorsitzender eines Großunternehmens der Flugzeugindustrie und Intimfreund des größten Gastronomen aller Zeiten - verleiht an geeigneter Stelle Krokodilstränen für kleine Unternehmer, sicher auch für kleine Zulieferer der Flugzeugindustrie und für kleine Vorstadtwirte. Gleichzeitig sorgt er sich um das Wohl der Arbeitnehmer und versäumt es auch nicht, allen gleichzeitig mit einem sozialistischen Gespenst zu drohen.

Man kann ja dem Sozialismus viel nachsagen. Aber ihn auch noch für typische Erscheinungsformen einer kapitalistischen Konzentrations- und Verdrängungswirtschaft verantwortlich zu machen, ist ein dem CSU-Vorsitzenden vorbehaltenes Kunststück.

Wahr ist, daß der Anteil der Selbständigen unter allen Erwerbstätigen der Bundesrepublik seit 1949 von 29 Prozent auf 13,5 Prozent gesunken ist. Der Rückgang war unter der CDU/CSU-Regierung am empfindlichsten.

Wahr ist, daß die meisten aufgeben mußten, weil sie dem Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb der allzeit von den Konservativen geförderten Großen in der Wirtschaft nicht mehr standhalten konnten.

Wahr ist, daß seit Jahrzehnten eine stetig zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen immer weniger stattfindet. Der letzte Monopolbericht der Monopolkommission ist ein beängstigender Nachweis.

Klar ist, daß Strauß diesen Zusammenhang verschleiern muß, damit er sich auch künftig der Spenden der Großindustrie und der Stimmen der Selbständigen gleichermaßen sicher sein kann. Aber wie lange kann er das Spiel noch treiben, ohne durchschaut zu werden?

Wir Sozialdemokraten warten gerne noch ein paar Jahre, bis es sich auch beim letzten Handwerksmeister und bei der sprichwörtlichen "Tante Emma" herumgesprochen hat, daß ihre wirtschaftliche Existenz nicht von bösen Jungsozialisten, sondern von den Straußschen Hechten im eigenen Karpfenteich bedroht und schließlich vernichtet wird. Wir sind hoffnungsvoll, denn gegen solche Einsichten ist auf die Dauer kein Kraut gewachsen, nicht einmal ein Sonthofener-Kreuther Tee.

Das Problem des Herrn Strauß wird es aber immer bleiben, die Stimmen der Millionen zu vernebeln, um damit besser Politik für die Millionäre machen zu können.

(13.12.1977/vo-he/ja)

+ + +

Wie eine Frau die Männer austrickst

Anmerkungen zu den Haushaltsberatungen 1978

Von Jan Oostergetelo MdB

Das ist eine gute Nachricht: Die Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplanes 23 (Entwicklungshilfe) sind um 1,4 Milliarden DM gegenüber dem Regierungsentwurf aufgestockt worden. Das alles steht im Einklang mit der ziemlich genau ein Jahr alten Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Darin ist unter "Entwicklungspolitik" nachzulesen: "Unser Land, ist zur Erhöhung seiner öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen bereit. Dies kommt in unseren haushaltsrechtlichen Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre deutlich zum Ausdruck."

Der Haushaltsausschuß hat gezeigt, daß er solche Worte ernst nimmt.

Natürlich kann man mit 1,4 Milliarden DM noch keine Bäume ausreißen, schon gar nicht das Elend der Dritten Welt ungeschehen machen. Aber wir haben bewiesen, daß vernünftige Politik, die mutig in die richtige Richtung zeigt, mit Verständnis rechnen kann und damit durchsetzungsfähig ist.

Das Argument von der Gleichgültigkeit, mit der Abgeordnete und ihre Wähler den Problemen der Dritten Welt gegenüberstehen, sollte langsam ausgedient haben. Wenn 15 Millionen Kinder auf der Welt verhungern, während deutsche Krankenkassen gleichzeitig darüber stöhnen, daß 12 Milliarden DM gebraucht werden, um die Fettsucht deutscher Bürger zu kurieren, dann stimmt etwas nicht auf dieser Welt. Dann sind vier Milliarden DM Entwicklungshilfe für ein reiches Industrieland immer noch zu wenig.

Aber das läßt sich ändern, wenn man es ändern will. Dafür steht das Ergebnis der diesjährigen Haushaltsberatung. Mit vier Milliarden DM Baransatz und 5,2 Milliarden DM Verpflichtungsermächtigungen lassen sich solide Projekte in der Dritten Welt finanzieren. Wovon Erhard Eppler nur träumen konnte und was Egon Bahr nicht erreicht hat, das hat jetzt eine Frau geschafft. Jeder, der diese Arbeit aus der Nähe verfolgt hat, kann nur sagen: Bravo, Marie Schlei!

(-/13.12.1977/ks/ja)

+ + +

CDU-Doppelspiel mit den Untersuchungsausschüssen

Unions-Mäntelchen wird nach dem jeweils machtvollsten Wind gehängt

Von Dr. Klaus Klingner MdL

Vorsitzender des Rechtsausschusses im schleswig-holsteinischen Landtag und
stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Als schleswig-holsteinischer Politiker kann man nur mit ungläubigem Staunen den "CDU-Entwurf eines Gesetzes über das Untersuchungsverfahren des Deutschen Bundestages" aufnehmen, der unter dem Datum vom 14. November 1977 veröffentlicht wurde. Was in Bonn durch die CDU vorgeschlagen wird, ist in vielen zentralen Punkten das Gegenteil dessen, was dieselbe Partei im Land praktiziert. Ein kurzer Vergleich der Bonner CDU-Oppositionstheorie mit der Kieler CDU-Regierungspraxis belegt, daß die CDU ihr Mäntelchen nach dem jeweils machtvollsten Wind hängt, und offenbart das billige Doppelspiel mit dem Untersuchungsverfahren. Beispiele dafür gibt es bei den drei zur Zeit anhängigen Untersuchungsausschüssen in Schleswig-Holstein.

Beispiel 1: Die CDU im Bund schlägt vor, daß der Untersuchungsgegenstand gegen den Willen der Antragsteller weder erweitert noch ergänzt werden darf.

In Kiel dagegen hat die CDU-Mehrheit gegen den Willen der Antragsteller folgendes Verfahren durchgezogen: In den Fragenkatalog des Ausschusses, der die geschäftliche und politische Verfilzung zwischen der CDU-Landesregierung und dem ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten und BIG-Baulöwen Herbert Gerisch klären soll, setzte sie zwei Fragen durch, die eventuelle Aktivitäten von Oppositionsführer Klaus Matthiesen zugunsten der Neuen Heimat untersuchen sollen. Bedenken aller Oppositionsfraktionen im Landtag halfen nichts - die SPD klagte beim Bundesverfassungsgericht.

Beispiel 2: Die CDU im Bund will wechselnde Vorsitzende nach Fraktionsstärke.

In Schleswig-Holstein hat die CDU alle Vorsitzendenpositionen für sich beansprucht und besetzt.

Beispiel 3: Die CDU im Bund fordert, daß Beweise zu erheben sind, wenn zwei Ausschußmitglieder dies beantragen, es sei denn, daß sie offensichtlich nicht im Rahmen des Untersuchungsauftrages liegen.

In Kiel ist es in den meisten der Untersuchungsausschüsse mehrfach vorgekommen, daß Beweisangebote der Antragsteller abgelehnt wurden. Das geschah im Fall des erwähnten Untersuchungsausschusses gegen den Baulöwen Gerisch sogar mehrfach bei Stimmgleichheit der CDU gegenüber den drei Oppositionsfraktionen. Allein bei diesem Ausschuß sind es insgesamt fast 30 Beweisaufträge, die auf diese Weise abgeschmettert wurden.

Angesichts dieser gravierenden Widersprüche zwischen Theorie und Praxis liegt der Vorwurf nahe, daß die CDU das Minderheitenrecht des Untersuchungsausschusses je nach ihrem parteipolitischen Machtinteresse zu handhaben gewillt ist. Dies muß verhindert werden. Was einem Parlament recht ist, muß dem anderen ebenso recht sein können. Die Rolle von Mehrheit und Minderheit wechselt. Die Rechte von Untersuchungsausschüssen dürfen davon nicht abhängig sein.

(-/13.12.1977/ks/hgs)